

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**D' r Alt Offeburger. 1899-1930
1907**

419 (26.5.1907)

D'r alt Offeburger.

Belletristische und humoristische Chronik der Kreishauptstadt Offenburg.

Nr. 419.

Ausgabe vom 26. Mai 1907.

Preis 10 Pf.

Indemnität.

Vor ziemlich gut besetztem Hause der Bürgerchaftsvertreter verantwortete sich am Freitag der Magistrat der Kreishauptstadt Offenburg wegen der Kreditüberschreitungen beim Schlachthaus-Neubau. Wir erwähnten bereits, daß eine stadträtliche Fünferkommission im Resultat ihrer Prüfung zu einer Befürwortung dieser 13,4prozentigen Voranschlagsüberschreitung kam, d. h. gute Miene zum kostbaren Spiel machte. Dasselbe dürfte auch der Fall sein, wenn der nachbarliche Leidensgenosse des Schlachthaus, das Elektrizitätswerk, seine Entstehungsrechnung präsentiert, von welcher gestern offiziell mitgeteilt wurde, daß sie eine Kreditüberschreitung von 84 000 Mark erreicht.

Oberbürgermeister Hermann, dessen Auffassung über das „an und für sich bedauernswerte Vorkommnis“ unseren Lesern aus dem abgedruckten Teil des Berichtes bekannt ist, hatte auf einen scharfen Tadel Bezug zu nehmen.

Der Obmann des Stadtverordneten-Vorstandes übte eine sachliche, un strenge Kritik an dem Verhalten des Stadtrates bei dieser Kredit-Überschreitung. Bei der Aufstellung des Voranschlages, — so etwa führte Herr Castell aus — waren die Ausgaben unter den ersten drei Ziffern bekannt; sie hätten also von vornherein angeführt werden müssen. Die folgenden 18 Positionen der Kreditüberschreitung kennzeichnete der Obmann als solche, die entweder im Voranschlag gar nicht vorgesehen waren, oder aber in anderer Ausführung und mit viel größerem Aufwande, als vorher angegeben war, ausgeführt worden sind.

Bei solchen Neuerungen an einem großen Bauobjekte mußte ein konstitutioneller Stadtrat nicht ohne weiteres aus sich verfügen, sondern der Vertretung der Bürgerchaft, dem Ausschuß, jeweils Vorlage machen und die Genehmigung der Mittel einholen. Dringlichkeit zur Umgehung dieser Vorsicht und Pflicht lag nicht vor.

Der Stadtverordneten-Vorstand ermahnt deshalb dringend, daß künftig bei ähnlichen Fällen vorher die Zustimmung des Bürgerausschusses eingeholt wird.

Was speziell die Eisenlieferung betrifft, so sei die unbegreifliche Verzögerung bei der Trägerbestellung zu verurteilen, die so gewaltige Mehrkosten verursachte; man kannte schon bei der Kosten-Voranschlags-Aufstellung die Tendenz des fortwährenden Steigens der Eisenpreise.

Die Begründungen der Kreditüberschreitungen bei den einzelnen Ziffern bezeichnet der Stadtverordneten-Vorstand als unzureichend oder unvollständig.

Oberbürgermeister Hermann sagte: Wenige Tage nachher, als dem Ausschuß die Mitteilung einer höchstens 7% betragenden Überschreitung gemacht wurde, teilte der bauführende Architekt Gumbel mit, daß noch in den letzten 8 Tagen so viele Rechnungen einliefen, an die kein Mensch dachte, daß jetzt eine 13 1/2%ige Überschreitung vorhanden sei. Die Ursache dieser unwillkommenen geschäftlichen Abwicklung erblickt der Redner darin, daß bei der Aufstellung des Kostenvoranschlages, der dem Ausschuß zweimal vorlag, zu eng und ängstlich verfahren wurde. Als der erste Entwurf mit 37 gegen 41 Stimmen abgelehnt worden war, gab sich der geniale Entwerfer des Projektes der Hoffnung hin, daß man alles nicht so sehr Notwendige vorerst ausschalten und dann in einem späteren Stadium nachholen könne. Dies geschah dann mit dem Bettondach (an Stelle des Wellbleches), mit dem Balkon, mit der Heizungs- und Warmwasserleitung für zusammen 10 000 Mk. Der Stadtrat wußte davon nichts und auch der Bürgerausschuß konnte nicht um seine Ansicht befragt werden. Nachträglich erhielten diese sehr begründeten

Veränderungen die Zustimmung des Stadtrates. Die Eisenposition hat sich dadurch so beträchtlich erhöht, daß das viel schwerere Bettondach, welches der Kühlung wegen nötig ist, eine teure Eisenkonstruktion bedingte.

Vom ursprünglichen festen Rechenystem wurde zum Streifsystem übergegangen auf einstimmigen Wunsch der Metzgermeister nach Besichtigung einer derartigen Einrichtung zu Ludwigshafen. Die Kosten für die Einrichtung der Schlachthaus-Wirtschaft sind übernommen worden auf Grund der Angebote, die sich auf das Ortsübliche beriefen. Ähnlich verhält es sich mit der Beleuchtung der Dienstwohnungen. Allen diesen Ausgaben stehen entsprechende Gegenwerte gegenüber; es ist kein Luxus getrieben, nur gute Arbeit geleistet, nichts vertan worden und in der Praxis hat sich das Werk bewährt. Dem Erbauer Ullmann rechnet es der Oberbürgermeister als Entschuldigung an, daß jener stets aus den Mitteilungen des Oberbürgermeisters den Eindruck erhielt, man könne um den Preis von 440 000 Mark das Verlangte nicht herstellen. Die Stadt Bruchsal hat jetzt für ihr, von demselben Architekten entworfenes Schlachthaus gleich 1 1/2 Million angesetzt.

Niemand konnte mehr enttäuscht sein als er selber, meint der Redner, als trotz aller zur Ueberwachung und Kontrolle aufgewendeten Mühe, gemachter Rechnungsauszüge in den letzten 8 Tagen diese Ueberschreitung kam, welche über die „landesüblichen“ 10% hinausragt. Wenn er (Oberbürgermeister) sich von Herrn Ullmann etwas beeinflussen ließ, so trage auch der Bürgerausschuß eine Mitschuld wegen der zu niederen Festsetzung des Voranschlages. Lieber künftig ein Projekt gar nicht machen, als es zu knauserig veranschlagen, so daß der Unschuldigste dafür leiden muß.

In der 1 1/2stündigen Diskussion sprachen aus dem Kollegium der Stadtverordneten die Herren Stebel, Kreissekretär Mayer, Ad. Siefert, Ad. Geß, welche alle der Auffassung waren, daß bei diesem monumentalen Bauwerke mit der Vertretung der Stadtgemeinde ein Spiel getrieben wurde, das nicht faire zu nennen ist. Oberbürgermeister Hermann soll die Lehre daraus ziehen, mit seinem Vertrauen künftig viel vorsichtiger zu sein. Die Höhe der Überschreitung gestalte sich noch ungünstiger, wenn man die an einzelnen Voranschlagsposten erzielten Ersparnisse in Rechnung stelle. Besonders wurde von Stadtv. Siefert eine Erklärung verlangt über die Verrechnung der in den früheren Erläuterungen für einen (nicht zur Ausführung gelangten) Wasserturm nebst Dampfamin eingesezten 23 000 Mark.

Der Vorsitzende erklärte, daß diese Summe mit der Verrechnung des Elektrizitätswerkes in Zusammenhang gebracht werden muß. Auch hier habe die Wasserversorgung viel Geld gekostet. Redner geht auf die hohe Überschreitung des Voranschlages (250 000 Mk.) für das Elektrizitätswerk ein; der Bürgerausschuß habe den Fehler begangen, 20 000 M. zu nieder zu kalkulieren. Neben den 6000 M. Mehrauslagen beim Hochbau rühren die Hauptüberschreitungen von den unerwartet zahlreichen Anmeldungen her, wodurch für Freileitungen und Zähler bedeutendere Mehrauslagen erwuchsen. Das sind aber lauter gewinnbringende Wertobjekte.

Stadtv. Friedmann spricht für eine Absezung des Gegenstandes behufs gemeinsamer Erledigung der Kreditüberschreitungen beider Werke. Die Stadtv. Stebel und Fabricius treten für sofortige Erledigung ein. Der Beratungs-Antrag Siefert-Friedmann bleibt gegen etwa 20 Stimmen in der Minderheit. Die Indemnität wird mit großer Mehrheit (gegen etwa 7 Stimmen) gewährt.

Schließlich hoffte eben der menschliche Bürgerausschuß in seiner Verlegenheit auf die Besserung in künftigen Tagen

und gab den Herren der Offenburger Stadtregerung die Indemnität, d. h. die Verzeihung.

Auch die übrigen 11 Punkte der Tagesordnung fanden die Zustimmung des Ausschusses. Bemerkenswert sei nur, daß für die Vereinbarung mit dem Vorschußverein (Kontokorrentverkehr) vom Vorstand der Stadtverordneten die Formulierung des § 3 also beantragt wurde:

Ueber die von der Stadtkasse zurückzuziehenden Beträge stellt dieselbe Schecks aus, welche die Unterschriften des Oberbürgermeisters oder dessen gesetzlichen Stellvertreters und des Stadtrechners oder dessen vom Stadtrat zu bezeichnenden Stellvertreters tragen.

Es wurde bei diesem Anlasse vom Stadtverordneten-Vorstande die Tätigkeit des derzeitigen Stadtrechners Bühler die ehrenvolle Anerkennung ausgesprochen. Die Formulierung dieses Antrages, den der Stadtrat zu dem seinigen machte und auch der Stadtrechner billigte, entspricht den im Bankverkehr und bei staatlichem Geldverkehr üblichen Einrichtungen.

Der Bürgerschaftsrath hielt sich bei den übrigen 11 Punkten nicht lange auf und genehmigte sie meistens einstimmig. Auf Einzelheiten kommen wir zurück.

Städtische Kanalbauten sollen „verlegt“ werden. Mit diesem Ausdruck „Verlegen“ soll nicht etwa gesagt sein, daß diese Tiefkanäle von ihrer bisherigen an eine andere Stelle verbracht werden. Sie sollen als neue Werke überhaupt erst unter den Boden gelegt werden. Vom Bürgerausschuß wurden gefordert zur Genehmigung:

1. 13,300 M. für den neuen Tiefkanal in der Bohlsbacherstraße,
2. 9200 M. zum Bau eines Entlastungs-Tiefkanals in der Grabenallee.

Soweit die Deckung aus Anlehensmitteln geschieht, ist eine Heimzahlung innerhalb 40 Jahren vorgesehen.

Nördlich der Rheinstraße, welche noch vor wenigen Jahren die städtische Grenzlinie bildete, entsteht die Vorstadt, die sich wohl am raschesten entwickeln kann. An der Bohlsbacher Landstraße (Avenue Oken) steht rechts das Quartier der Bahnbediensteten. Ihm gegenüber entstünden an einer Straßenflucht von 300 Meter Länge seit Jahresfrist 7 Neubauten, deren nördlichste die Zetterersche Cigarrenfabrik ist. Die Entwässerung dieser Straßenstrecke erfordert eine nach Norden vorzunehmende Kanalverlängerung von 366 Metern. Die Ableitung erfolgt in den unseren Lesern schon früher geschilderten großen Kanal, welcher vom Eisenbahnfiskus in ostwestlicher Richtung nach dem Mühlbach geführt wurde. An diesem Werk hat die Stadtgemeinde den schönen Kostenanteil von 68,000 Mark zu bezahlen, sobald sie durch Anschlußkanäle davon Gebrauch macht. Bald wird diese Stunde schlagen und eine Finanzoperation notwendig werden.

Zu der Kanalverlängerung zahlen die Anstößer 7151 Mark, worunter über 2000 Mark für das im Jahre 1904 erbaute, 130 Meter lange Tiefkanalstück berechnet sind. Es sind 3385 Mark aus bebauten Flächen alsbald zu erheben. Die Herren Fabrikanten Adolf und Leopold Kahn, die für ihre Fabrik eine eigene Ableitung in die Rheinstraße hergestellt hatten, haben ihren Beitrag zu den Kosten des offiziellen Kanals erst 1910 zu entrichten.

Mit der Herstellung der Grabenanlage soll auch die Entwässerung durchgreifend gelöst werden. Bisher war der Hauptkanal in der Hauptstraße bei Gewitterregen nicht imstande, das Wasser aus der Grabenleitung aufzunehmen. Durch den Rückstau traten auf dem Graben Ueberschwemmungen ein. Die Kellerüberschwemmungen in den Häusern der Schanzstraße werden auf dieselbe Ursache zurückgeführt. Deshalb befürchtet man auch, daß die neue gärtnerische Anlage des Grabens darunter zu leiden haben würde. Ein Drittel dieser Kanalkosten bestreitet deshalb der Fond, der aus dem Verkauf des Anlagenterrains an den Eisenbahnfiskus vorhanden ist. Aus dem Projekt sei angeführt:

Der Entlastungskanal beginnt an der Einmündung der Leitung aus der Schanzstraße, da an dieser Stelle die Unzulänglichkeit des vorhandenen Kanals einsetzt. Die Platzierung ist direkt neben dem bestehenden Kanal gewählt und das Gefälle des letzteren beibehalten, damit der Anschluß an den Hauptkanal in der Hauptstraße (500/750 mm lichte Weite mit einem Gefälle von 1:36) möglich ist. Die Lichtweite mußte zu 475 und 500 mm angenommen werden, da mit einem stündlichen Niederschlag von 40 mm gerechnet und als Abfluß von den festen Straßen- u. Flächen 90 pCt. und von den Anlagen und Gartenflächen 10 pCt. des Niederschlages in Betracht gezogen wird. Dadurch werden Abzugsverhältnisse geschaffen, die bei wolkenbruchartigen Gewitterregen ausreichen.

Zu den oben erwähnten 7 Neubauten der Bohlsbacher Straße tritt nun das große Bierdepot der Riegeler Brauerei, das im Barockstil erbaut wird und ein sehr gefälliges Gebäude zu werden verspricht. Neben der Betriebsräume sind darin auch geräumige Wohnungen vorgesehen.

Trottoirbauten innerhalb der Stadt. Jetzt soll das Bitten unserer Badsträßler endlich erhört werden, die sich in der Geduld so lange übten. Der Bericht des Stadtrates über die Gehwegbauten in der Badstraße sagt:

Mit der Gehweganlage muß eine Regulierung des bestehenden Straßenprofils vorgenommen werden. Hierbei ist davon auszugehen, daß die vorhandene Fahrbahnbreite bestehen bleibt und daß beiderseits Gehwege mit entsprechenden Abmessungen erzielt werden. Um dies zu erreichen, muß der auf der Westseite vorhandene Gehweg etwas verschmälert und auf der Ostseite die neue Gehweggrenze in die bestehende Fahrbahn etwas hinein, gerückt werden. Die jetzige Fahrbahnbreite beträgt heute an der engsten Stelle, d. i. beim Eingang von der Hauptstraße aus, 4,95 m, und nach dem vorliegenden Projekte tritt hier eine Verbreiterung auf 5,10 m ein. Für die beiden Gehwege bleiben an dieser engsten Stelle westlich 1,80 m und östlich 1,60 m übrig. Im weiteren Verlaufe verbreitern sich allmählich die Gehwege auf beiden Seiten bis zu 2,50 m und die Fahrbahn bis zu 6,95 m, womit ein ungeörterter Wagen- und Fußgängerverkehr sichergestellt ist. Es wolle übrigens beachtet werden, daß seit Einstellung des Sägewerksbetriebs der Fuhrwerksverkehr von und nach der Badstraße nachgelassen hat. Wegen der vorspringenden Treppen soll die Gehweganlage auf der Ostseite nur bis zum Dreyfuß'schen Hause geführt werden, also dieses und das nebenanliegende Haus Nr. 40 (früher Trudpert Wagner Witwe) einen neuen Gehweg nicht erhalten. Eine vollständige Beseitigung der vorspringenden Treppen an diesen beiden Häusern wäre nach Lage der Verhältnisse unausführbar. Es ließe sich vielmehr nur eine Verschmälerung der Treppenvorsprünge auf 1 m bzw. 1,20 m ermöglichen. Allein abgesehen hiervon, wird auch darauf abzuheben sein, daß das Dreyfuß'sche Haus wohl zum Abbruch reif ist, und daß im Falle eines Neubaues verlangt werden muß, daß der Gehweg für den öffentlichen Verkehr vollständig frei bleibt.

Die Kosten der Straßenregulierung (2219 Mk. Voranschlag) trägt die Stadtkasse vollständig; zu der Ausgabe für die Gehwege (5460 Mk. Voranschlag) sollen die Anstößer mit 2440 Mk. ortstatutarisch beigezogen werden. Der städtische Aufwand von 7800 Mk. soll aus Anlehensmitteln innerhalb 5 Jahren bestritten werden. Stadtverordneter Bilfinger trat energisch dem von Stadv. Kircher beantragten Aufschub entgegen.

Die Okensträßler ließen so lange im Bürgerausschuß bohren, bis sie nun statt der Sandgehwege ein Trottoir mit festem Belag erhalten und zwar nördlich bis zum Ochsensteg bzw. Zellerstraße. An den Kosten (11200 Mk. im Voranschlag) zahlen die Angrenzer 4273 Mk. Der Bericht sagt:

Nach der Vorlage unseres Tiefbauamts muß in Verbindung mit der Gehwegherstellung die vorhandene Straßenrinne umgepflastert, die Fahrbahn an verschiedenen Stellen reguliert und zur Abführung des Regenwassers von der Straße müssen 7 Straßensinkkasten eingesetzt werden. Der hierfür zu machende Aufwand, den die Stadt ganz auf sich behalten muß, beläuft sich auf 2400 Mk.

Die aufzunehmende 13000 Mark-Schuld soll in 5 Jahren von der Stadt getilgt werden.

Aus dem Stadtrat. In den Neben des St. Andreas-Hospitalfonds beginnen schon jetzt die Arbeiten zur Bekämpfung der Feinde des Nebstokes. Infolge der unangenehmen Art dieser Arbeiten wird den Arbeitern bei Ausübung derselben eine besondere Lohnerhöhung zugebilligt.

Das Fischer Burg'sche Anwesen auf der Stegermatt, welches der Stadt zum Kauf angeboten wurde, hat den Stadtrat wiederholt beschäftigt. Weil die Kaufbedingungen nicht ungünstig sind und der Besitz dieses Grundstücks für die Stadtgemeinde mancherlei Vorteile bietet, wird beschlossen, dem Bürgerausschuß Vorlage zu machen und den Ankauf zu empfehlen.

Wie sehr die Errichtung des städtischen Elektrizitätswerkes einem wirklichen Bedürfnis entspricht, beweist die stets sich mehrende Inanspruchnahme desselben. Unter anderen beabsichtigt der Besitzer des Anwesens auf der Lindenhöhe elektrische Beleuchtung einzurichten; ferner ersucht die Firma Schell u. Vitali um vorerst leihweise Ueberlassung einiger Elektromotoren, welchen Gesuchen unter sachgemäßen Bedingungen entsprochen wird.

Im Frauenbad soll in Erfüllung aller Sicherheitsvorschriften unterhalb desselben noch ein schwimmendes Seil mit Haltevorrichtungen angebracht werden.

Einem wiederholt laut gewordenen Wunsche nach Schaffung eines Sonnenbades in Verbindung mit dem städt. Frauenbade soll entsprochen werden, sofern eine genügende Beteiligung gesichert ist. Die Kosten der Einrichtung sind auf 1100 M. veranschlagt. Die Betonierungsarbeiten zur Einfriedigung der Pflanzschule in Langhurst werden zum niedersten Angebot von 796 Mk. an W. Frank, die Schlosserarbeiten für 740 Mk. an F. Merk übertragen.

Dem Gesuche des nautischen Vereins in Straßburg zur